

Repräsentative Wahlstatistik zur Europawahl am 13. Juni 2004 in Baden-Württemberg

Hin, Monika; Michel, Nicole

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hin, M., & Michel, N. (2004). Repräsentative Wahlstatistik zur Europawahl am 13. Juni 2004 in Baden-Württemberg. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 9, 49-54. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-408056>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Repräsentative Wahlstatistik zur Europawahl am 13. Juni 2004 in Baden-Württemberg



Monika Hin, Nicole Michel

Bei der Europawahl am 13. Juni 2004 hat die CDU in Baden-Württemberg mit einem Stimmenanteil von 47,4 % zwar gegenüber 1999 3,5 Prozentpunkte verloren, blieb aber dennoch mit Abstand stärkste Partei im Land. Die SPD kam in Baden-Württemberg nur noch auf 19,6 % der Stimmen und musste damit ihr niedrigstes Wahlergebnis bei einer Parlamentswahl im Land überhaupt hinnehmen. Gegenüber der Europawahl 1999 verlor sie 6,5 Prozentpunkte. Die GRÜNEN hingegen erreichten mit 14,4 % ihr bestes Ergebnis bei einer Parlamentswahl in Baden-Württemberg und ein Plus von 4,6 Prozentpunkten. Die FDP konnte in Baden-Württemberg 6,8 % der gültigen Wählerstimmen auf sich vereinen, 1,9 Prozentpunkte mehr als 1999. Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2004 lag in Baden-Württemberg mit 53,1 % wieder erheblich über dem Rekordtief von 40,6 % bei der Europawahl 1999 (Tabelle 1). Wie aus den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik hervorgeht, waren unter den Wählern der CDU und der SPD die älteren Wähler deutlich überrepräsentiert, die GRÜNEN hingegen erwiesen sich als Partei mit dem höchsten Erst- und Jungwähleranteil. Auch die FDP hatte bei der Europawahl 2004 überdurchschnittlich viele jüngere Wähler. Insgesamt zeigt sich, dass durch die demografische Alterung das zahlenmäßige Gewicht der Senioren an den Wahlberechtigten in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen hat. Da gleichzeitig die jüngeren Baden-Württemberger eine deutlich geringere Wahlbeteiligung aufwiesen als die älteren, war bei der Europawahl 2004 nur noch jeder zehnte Wähler jünger als 30 Jahre, aber gut ein Drittel älter als 60 Jahre.

Unter den Wahlberechtigten doppelt so viele Senioren wie junge Leute

Am 13. Juni 2004 waren von den insgesamt rund 10,7 Mill. Einwohnern Baden-Württembergs 7 487 111 Männer und Frauen zur 6. Direktwahl des Europäischen Parlaments aufgerufen. Damit ist die Zahl der Wahlberechtigten seit der letzten Europawahl am 13. Juni 1999 um 220 685 Personen angestiegen. Wahlberechtigt waren nicht nur Deutsche, sondern auch Bürgerinnen und Bürger anderer Mitgliedstaaten

der Europäischen Union (Unionsbürger), die in Baden-Württemberg wohnen und sich in das Wählerverzeichnis ihrer baden-württembergischen Gemeinde eintragen ließen bzw. bereits seit der Europawahl 1999 eingetragen waren.

Infolge der demografischen Alterung der Gesellschaft hat sich die Altersstruktur der Wahlberechtigten seit der ersten Europawahl 1979 erheblich verschoben, das Gewicht der älteren Wahlberechtigten hat deutlich zugenommen. Während bei der Europawahl 1979 die Gruppe der unter 30-Jährigen und die der 60-Jährigen und Älteren mit 22 % bzw. 25,5 % noch annähernd gleich groß war, hat sich der Anteil der 60-Jährigen und Älteren bei der Europawahl 2004 mit rund 33 % gegenüber den jüngeren Wahlberechtigten (knapp 16 %) mehr als verdoppelt. Das heißt, rein quantitativ betrachtet hat sich das politische Einflusspotenzial der älteren Wahlberechtigten in den letzten 25 Jahren deutlich erhöht.

Geringe Wahlbeteiligung: Junge Wahlberechtigte „verschenken“ politisches Einflusspotenzial

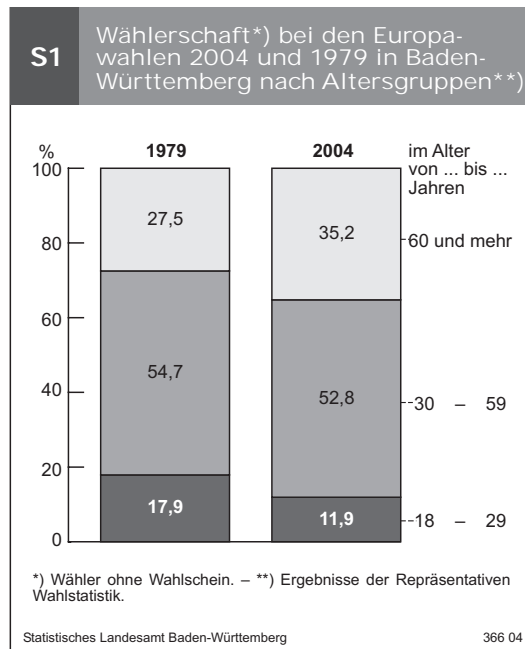
Die zunehmende quantitative Bedeutung der älteren Baden-Württemberger bei Wahlen wird noch dadurch verstärkt, dass die Jüngeren von ihrem Wahlrecht seltener Gebrauch machen.

Monika Hin M.A. ist Leiterin des Referats „Volkszählung, Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Dipl.-Geografin Nicole Michel ist Referentin im gleichen Referat.

T1 Ergebnisse der Europawahl 2004 in Baden-Württemberg: Amtliches Endergebnis und Ergebnis der Repräsentativen Wahlstatistik		
Wahlbeteiligung ----- Partei	Amtliches Endergebnis	Ergebnis der Repräsentativen Wahlstatistik ¹⁾
	%	
Wahlbeteiligung	53,1	49,5
Stimmenanteile:		
CDU	47,4	47,2
SPD	19,6	19,6
GRÜNE	14,4	14,5
FDP	6,8	7,1
Sonstige Parteien	11,8	11,6

1) Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahlschein.



Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2004 lag in Baden-Württemberg mit 53,1 % wieder erheblich über dem Rekordtief von 40,6 % bei der Europawahl 1999. Der Wahleifer der jungen Wahlberechtigten blieb indes deutlich hinter dem Landesergebnis und den Beteiligungsquoten der älteren Wahlberechtigten zurück. So machten gut 55 % der 60-jährigen und älteren Baden-Württemberger, jedoch nur rund 37 % der unter 30-jährigen von ihrem Wahlrecht Gebrauch.¹ Das heißt, nicht nur die zahlenmäßige Dominanz der älteren Wahlberechtigten, sondern auch die deutlich niedrigere Wahlbeteiligung der jüngeren Generation verstärkt die Entwicklung, dass das Einflusspotenzial der jüngeren Bürgerinnen und Bürger quantitativ betrachtet deutlich geringer ist als das der älteren. So waren über 35 % der Wähler der Europawahl 2004 in Baden-

¹ Im Rahmen der Repräsentativen Wahlstatistik wird die Wahlbeteiligung der Wähler ohne Wahlschein betrachtet.

Württemberg 60 Jahre oder älter, aber nur gut jeder Zehnte war unter 30 Jahre alt, das heißt, die Gruppe der Wähler im Seniorenalter war dreimal so groß wie die der jungen, unter 30-jährigen Wähler. Damit „verschenken“ die jüngeren Leute durch mangelnden Wahleifer politisches Einflusspotenzial (Schaubild 1).

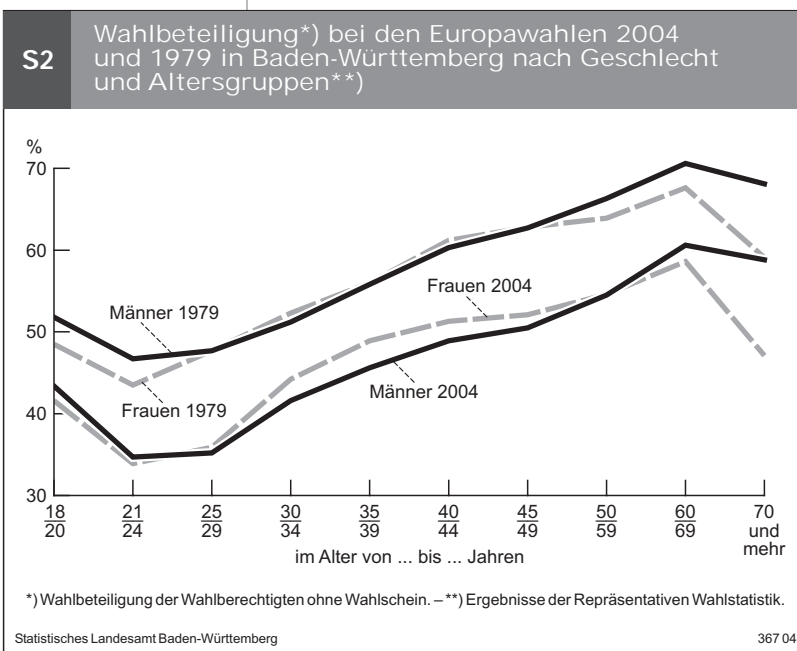
Wie bei früheren Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen war auch bei der Europawahl 2004 eine mit dem Alter zunehmende Wahlbeteiligung zu beobachten: Die niedrigste Wahlbeteiligung wiesen die 21- bis 24-jährigen baden-württembergischen Wahlberechtigten auf, von denen sich lediglich gut ein Drittel an der Wahl beteiligten, bei den 25- bis 34-jährigen waren es rund 39 %, bei den 35- bis 44-jährigen bereits knapp 49 %, bei den 45- bis 59-jährigen gut 53 % und bei den 60- bis 69-jährigen sogar knapp 60 %. Bei den 70-jährigen und älteren Wahlberechtigten lässt die Wahlbeteiligung deutlich nach (51,5 %) (Schaubild 2).

Männer beteiligten sich erneut stärker an der Wahl, Frauen holen aber auf

Die Wahlbeteiligung der Frauen lag bei der Europawahl 2004, wie bereits bei früheren Wahlen, unter jener der Männer. So beteiligten sich 49,9 % der Männer, aber nur 49,1 % der Frauen an der Wahl zum Europäischen Parlament. Allerdings haben die Frauen gegenüber 1999 leicht aufgeholt. Damals lagen sie in der Wahlbeteiligung noch 1,6 Prozentpunkte hinter den Männern, 2004 waren es nur noch 0,8 Prozentpunkte. Die gegenüber den Frauen höhere Beteiligung der Männer ist im Übrigen nicht durchgehend in allen Altersgruppen zu beobachten. Bereits bei der Europawahl 1999 wiesen sowohl die 30- bis 34-jährigen als auch die 40- bis 49-jährigen Frauen eine höhere Beteiligungsquote auf als ihre männlichen Altersgenossen. Bei der Europawahl 2004 lagen die Beteiligungsquoten der 25- bis 59-jährigen Frauen komplett über denen der Männer gleichen Alters. Ein besonders auffälliger Vorsprung der Männer ist allerdings nach wie vor in der Altersgruppe der 70-Jährigen und Älteren zu beobachten. Hier machten bei der Europawahl 2004 lediglich 47 % der Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch, bei den männlichen Wahlberechtigten waren es hingegen 59 %.

CDU trotz Stimmenverlusten auf Platz 1 bei allen Altersgruppen

Nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik ist der Stimmenrückgang der CDU nicht zuletzt auch auf die Wahlentscheidung



i Welche Informationen bietet die Repräsentative Wahlstatistik?

Die Repräsentative Wahlstatistik ist eine Stichprobenerhebung, die Informationen über die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen liefert. Darüber hinaus sind Aussagen über die Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien nach Geschlecht und Altersgruppen möglich. Die Repräsentative Wahlstatistik liefert zuverlässige Informationen von hoher Datenqualität. Sie spiegelt – anders als die Wahlanalysen der Forschungsinstitute – nicht das erfragte, sondern das tatsächliche Wahlverhalten wider. Die Zahlenbasis der Repräsentativen Wahlstatistik ist wesentlich breiter als bei Umfragen der Sozialforschungsinstitute, die sich in der Regel nur auf wenige tausend Personen stützen. Ein weiterer Vorteil liegt darin, dass diese Erhebung seit vielen Jahren existiert: bei Bundestagswahlen seit 1953, bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg seit 1964 und seit 1979 bei Europawahlen. Das heißt, die Repräsentative Wahlstatistik bietet langfristige Basisinformationen. Eine Ausnahme besteht lediglich für die Bundestagswahlen 1994 und 1998. Zu diesen Wahlen war die Repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt, so dass für diese Wahlen keine Informationen vorliegen. Die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik sind sowohl für Bürger, Politik und Medien als auch für die Meinungsforschungsinstitute von besonderem Interesse.

Stichprobenauswahl der Repräsentativen Wahlstatistik

Die Repräsentative Wahlstatistik wird in Wahlbezirken durchgeführt, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Da in den letzten Jahren eine kontinuierliche Zunahme des Briefwähleranteils zu beobachten war, werden seit der Bundestagswahl 2002 auch Briefwähler in die Repräsentative Wahlstatistik einbezogen. Bei der Europawahl 2004 entfielen in Baden-Württemberg 196 der insgesamt rund 10 600 Wahlbezirke auf die Stichprobe der Repräsentativen Wahlstatistik. Damit waren ca. 150 000 Wahlberechtigte (2 %) in der Stichprobe. Von den 196 Stichprobenwahlbezirken waren 170 Urnenwahlbezirke und 26 Briefwahlbezirke. Durch die Einbeziehung der Briefwähler in die Repräsentative Wahlstatistik konnte die Aussagefähigkeit der Stichprobe weiter optimiert werden. So bestehen zwischen den Stimmenanteilen der Parteien gemäß amtlichem Endergebnis und dem hochgerechneten Ergebnis der Stichprobe der Repräsentativen Wahlstatistik nur noch geringe Ab-

weichungen. Durch die Integration der Briefwähler ergibt sich jedoch auch ein gewisser methodischer Bruch in den Zeitreihen. Beim Vergleich der Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik der Europawahl 2004 mit den Ergebnissen früherer Europawahlen muss dies berücksichtigt werden. Die Stichprobenziehung für die Repräsentative Wahlstatistik bei Bundestags- und Europawahlen erfolgt durch das Statistische Bundesamt.

Wahlgeheimnis und Datenschutz

In den für die Repräsentative Wahlstatistik ausgewählten Wahlbezirken wird gewählt wie in allen anderen Wahlbezirken auch. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Stimmzettel mit einem Aufdruck nach Geschlecht und fünf Altersgruppen versehen sind. Darüber hinaus werden in den Stichprobenurnenwahlbezirken die Wählerverzeichnisse nach Geschlecht und zehn Altersgruppen ausgezählt, um Informationen über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppe zu erhalten. Das Wahlgeheimnis und der Datenschutz bleiben bei der Repräsentativen Wahlstatistik selbstverständlich gewahrt, die für Europa- und Bundestagswahlen ausgewählten Urnenwahlbezirke müssen mindestens 400 Wahlberechtigte und die ausgewählten Briefwahlbezirke mindestens 400 Wähler bei der vorangegangenen Bundestagswahl aufweisen. Bei der Auszählung wird nun festgestellt, wie viele Frauen und Männer welcher Altersgruppen eine bestimmte Partei gewählt haben. Da aber zu jeder Altersgruppe der Männer und Frauen zahlreiche Personen gehören, können daraus keinerlei Rückschlüsse über die Stimmabgabe von Einzelpersonen gewonnen werden. Das Wahlgeheimnis und der Datenschutz bleiben damit gewahrt. Außerdem erfolgt die Auszählung der Stimmzettel für die Repräsentative Wahlstatistik örtlich und zeitlich vom Wahllokal getrennt. Die Auszählung erfolgt nicht in den Wahllokalen, sondern im Statistischen Landesamt. Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke dürfen nicht bekannt gegeben werden.

Rechtsgrundlagen der Repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl 2004

Gesetz über die allgemeine und repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz –WStatG) vom 21. Mai 1999 (BGBl. I S. 1023), geändert durch Gesetz vom 17. Januar 2002 (BGBl. I. S. 412).

der jungen, 18- bis 24-jährigen sowie auf die der 45- bis 59-jährigen Wähler zurückzuführen. In diesen beiden Altersgruppen hatten die Christdemokraten – prozentual betrachtet – überdurchschnittlich hohe Stimmenverluste, wobei die Stimmenrückgänge bei den Frauen dieser Altersgruppen sogar noch ausgeprägter waren als bei den Männern. Trotz der Stimmenverluste nimmt jedoch die CDU nach wie vor in allen Altersgruppen bei Männern und Frauen mit weitem Abstand den ersten Platz in der Wählergunst ein. Wie bereits bei der Eu-

ropawahl 1999 war die CDU bei den Senioren ganz besonders erfolgreich: Gut 57 % der 60-Jährigen und Älteren machten ihr Kreuz bei den Christdemokraten. Bei den unter 60-jährigen Wählerinnen und Wählern hingegen blieb die CDU in allen Altersgruppen unter ihrem Landesdurchschnitt. Während bei der Europawahl 1999 die CDU noch stärker von Frauen als von Männern präferiert wurde, haben bei der Europawahl 2004 Männer mit 47 % fast ebenso so häufig die CDU gewählt wie Frauen (47,3 %) (Tabelle 2).²

T2 Stimmabgabe bei den Europawahlen 2004 und 1999 in Baden-Württemberg nach Geschlecht und Altersgruppen der Wähler Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik							
Bezeichnung	Wahljahr	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis ... Jahren				
			18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	60 und mehr
%							
Männer							
Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf:							
CDU	2004	47,0	40,6	43,8	40,6	44,0	56,2
	1999	49,7	45,9	46,5	41,6	47,3	58,5
SPD	2004	19,8	18,2	13,9	17,4	21,2	23,0
	1999	26,5	20,0	22,2	26,9	29,6	27,0
GRÜNE	2004	13,6	18,2	19,7	20,6	15,1	4,4
	1999	9,1	12,8	13,8	16,7	8,6	2,3
FDP	2004	7,7	9,0	9,9	7,5	7,6	6,9
	1999	5,4	6,0	5,6	4,7	6,1	4,9
Sonstige	2004	11,9	14,1	12,8	14,0	12,1	9,5
	1999	9,4	15,3	11,9	10,1	8,4	7,3
Frauen							
Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf:							
CDU	2004	47,3	39,4	41,5	37,5	43,4	58,1
	1999	51,9	46,6	43,9	40,7	49,6	62,0
SPD	2004	19,4	18,0	15,5	17,3	20,0	21,5
	1999	26,4	22,4	23,5	26,2	28,5	26,9
GRÜNE	2004	15,4	21,5	22,1	25,6	17,8	5,4
	1999	10,2	15,3	18,7	19,9	9,8	2,5
FDP	2004	6,5	7,5	7,3	5,5	7,0	6,2
	1999	4,2	4,5	4,0	3,7	5,2	3,9
Sonstige	2004	11,4	13,4	13,6	14,1	11,8	8,7
	1999	7,2	11,4	10,0	9,5	7,0	4,7
Männer und Frauen							
Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfielen auf:							
CDU	2004	47,2	40,0	42,6	39,1	43,7	57,3
	1999	50,9	46,2	45,2	41,2	48,5	60,4
SPD	2004	19,6	18,1	14,7	17,3	20,6	22,2
	1999	26,4	21,1	22,8	26,6	29,0	27,0
GRÜNE	2004	14,5	19,8	20,9	23,1	16,5	5,0
	1999	9,7	14,0	16,2	18,3	9,2	2,4
FDP	2004	7,1	8,3	8,6	6,5	7,3	6,5
	1999	4,8	5,3	4,8	4,2	5,7	4,4
Sonstige	2004	11,6	13,8	13,1	14,0	12,0	9,1
	1999	8,2	13,5	10,9	9,8	7,7	5,9

1) 1999: Ohne Stimmen der Briefwähler.

² Beim Vergleich der Ergebnisse zu Stimmenabgabe und Wählerschaft der Repräsentativen Wahlstatistik der Europawahl 2004 mit den entsprechenden Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik früherer Europawahlen ist zu berücksichtigen, dass bei der Europawahl 2004 erstmals auch die Briefwähler in die Ergebnisse einbezogen wurden.

SPD verliert vor allem in mittleren Altersgruppen

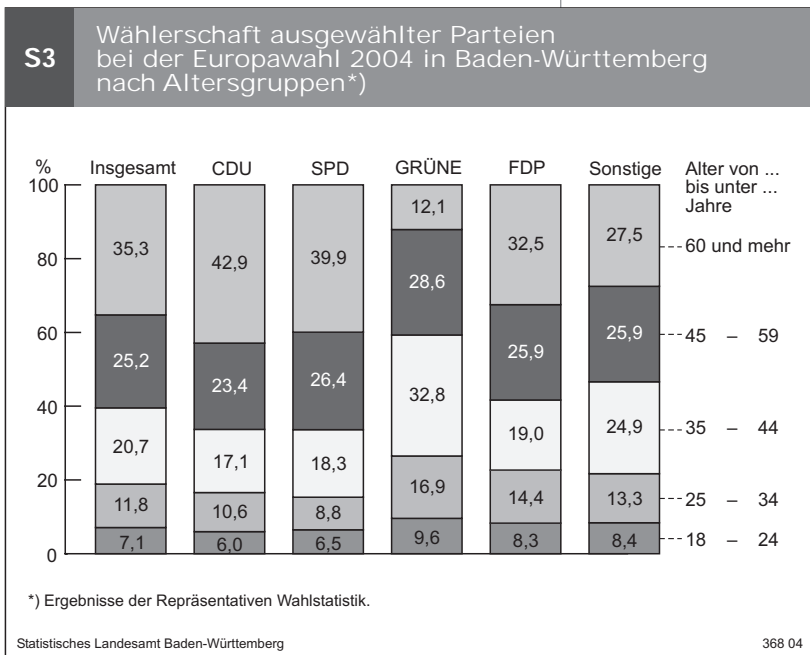
Die Sozialdemokraten büßten vor allem bei den 25-bis 59-jährigen Wählerinnen und Wählern überdurchschnittlich stark Stimmen ein. Ebenso wie die CDU hat auch die SPD bei den Frauen noch etwas höhere Verluste erlitten. Den stärksten Rückhalt fand die SPD mit einem Stimmenanteil von gut 22 % bei den 60-jährigen und älteren, den geringsten mit knapp 15 % bei den 25- bis 34-jährigen Wählerinnen und Wählern. Von den Männern dieser Altersgruppe hatten sogar nur knapp 14 % die SPD gewählt. Auffällig ist, dass die SPD bei der Europawahl 2004 in der Wählergunst der unter 45-jährigen Baden-Württemberger deutlich hinter den GRÜNEN lag. Bei der letzten Europawahl hatte die SPD in allen Altersgruppen noch einen erheblichen Vorsprung vor den GRÜNEN wahrnehmen können. Auch die SPD wurde bei der Europawahl 2004 nahezu gleichermaßen von Männern (19,8 %) als auch Frauen (19,4 %) gewählt.

Die GRÜNEN liegen bei jüngeren Wählern vor der SPD

Während die CDU und insbesondere die SPD bei der Europawahl 2004 Stimmenverluste hinnehmen mussten, konnten GRÜNE und FDP prozentual Wähler hinzugewinnen: Der Wahlerfolg der GRÜNEN basierte dabei im Wesentlichen auf Stimmenzuwächsen bei den Erst- und Jungwählern (+ 5,8 Prozentpunkte) sowie bei den 45- bis unter 60-jährigen Wählerinnen und Wählern (+ 7,3 Prozentpunkte). Die höchsten Stimmenanteile erzielten die GRÜNEN bei den 35- bis 44-jährigen Frauen: Gut jede vierte Baden-Württembergerin dieser Altersgruppe gab ihre Stimme den GRÜNEN. Am wenigsten Erfolg war ihnen hingegen bei den 60-jährigen und älteren Männern beschieden, von denen nur rund 4 % die GRÜNEN wählten. Ebenso wie bei der Europawahl 1999 schnitten die GRÜNEN auch 2004 bei den Frauen mit 15,4 % der gültigen Stimmen besser ab als bei den Männern (13,6 %).

FDP profitiert vor allem von Jungwählern

Die baden-württembergischen Liberalen erhielten mehr Stimmen von Männern (7,7 %) als von Frauen (6,5 %). Den Aufwärtstrend bei der Europawahl 2004 hat die FDP vor allem den jüngeren, unter 35-jährigen Wählern zu verdanken. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen dieser Altersgruppe erzielte die FDP überdurchschnittliche Stimmenzuwächse. Mit



Abstand am erfolgreichsten waren die Liberalen bei den 18- bis 34-jährigen Männern: Nahezu jeder zehnte der unter 35-jährigen männlichen Wähler gab seine Stimme bei der Europawahl 2004 der FDP.

Wählerschaft der CDU überdurchschnittlich stark von Senioren geprägt

Nachdem in den vorherigen Abschnitten dargestellt wurde, wie sich das Wahlverhalten von Männern und Frauen und von Wählern verschiedener Altersgruppen unterscheidet, wird nun die Perspektive geändert und die demografische Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien aufgezeigt (*Schaubild 3*). Die CDU hat von allen Parteien den höchsten Anteil an älteren Wählern. So waren bei der Europawahl 2004 rund 43 % der CDU-Wähler 60 Jahre und älter. Von den weiblichen CDU-Wählern war sogar nahezu die Hälfte über 60 Jahre alt. Von den baden-württembergischen Wählern insgesamt waren hingegen nur gut 35 % Senioren. Alle Altersgruppen unter 60 Jahren waren in der Wählerschaft der CDU unterrepräsentiert. Die Wählerschaft der SPD wird ebenfalls – wenn auch nicht ganz so ausgeprägt wie die CDU – in überdurchschnittlichem Maße von älteren Wählern dominiert: Immerhin knapp 40 % der SPD-Wähler bei der Europawahl 2004 waren 60 Jahre oder älter. Auch die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen war noch überdurchschnittlich stark vertreten. Der Anteil der unter 35-Jährigen lag in der SPD-Wählerschaft deutlich unter dem Durchschnitt: Während von allen baden-württembergischen Wählern rund 19 % dieser Altersgruppe angehörten, waren es unter den SPD-Wählern nur gut 15 %. Damit zeigt sich für

die SPD gegenüber der ersten Europawahl 1979 eine eindeutige „Alterungstendenz“ Damals waren noch rund 28 % der SPD-Wähler unter 35 Jahre alt.

Erst- und Jungwähleranteil der GRÜNEN am höchsten

Im Gegensatz zu CDU und SPD waren in der Wählerschaft der GRÜNEN die Senioren stark unterrepräsentiert, während alle Altersgruppen unter 60 Jahren überproportional vertreten waren. So war – wie bereits erwähnt – bei der Europawahl 2004 mehr als jeder dritte Wähler 60 Jahre oder älter. Von den Wählern der GRÜNEN gehörten nur rund 12 % zur Altersgruppe der Senioren. Die quantitativ stärkste Gruppe unter den Wählern der GRÜNEN war die Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen. Jeder dritte GRÜNEN-Wähler gehörte dieser Altersgruppe an, während von den Wählern der Euro-

pawahl insgesamt nur rund 21 % zwischen 35 und 44 Jahre alt waren. Unter den Wählern der GRÜNEN ist außerdem der Anteil der jüngeren, unter 35-Jährigen mit rund 27 % am höchsten. Obwohl sich die GRÜNEN auch heute noch als Partei mit einem hohen Anteil jüngerer Wähler präsentiert, ist ihre Wählerschaft im Vergleich zu 1979 doch deutlich älter geworden. Damals waren knapp 60 % der GRÜNEN-Wähler unter 35 Jahre alt. Auch die Liberalen erwiesen sich bei der Europawahl 2004 als Partei mit überdurchschnittlich hohem Anteil jüngerer Wähler. So waren unter den Wählern der Liberalen die 18- bis 34-Jährigen mit einem Wähleranteil von knapp 23 % deutlich überrepräsentiert. ■

Weitere Auskünfte erteilen
Monika Hin, Telefon 0711/641-2604
E-Mail: Monika.Hin@stala.bwl.de
Nicole Michel, Telefon 0711/641-2044
E-Mail: Nicole.Michel@stala.bwl.de

kurz notiert ...

Immer weniger Bundesbedienstete in Baden-Württemberg tätig

Knapp ein Drittel oder 20 990 der zum Stichtag 30. Juni 2003 in Baden-Württemberg tätigen 64 600 Bundesbediensteten sind Beamte und Richter, über ein Fünftel sind Soldaten (13 700), über ein Drittel sind Angestellte (23 390) und 10 % Arbeiter (6 490).

Damit nahm die Zahl der Beschäftigten des Bundesdienstes innerhalb der letzten 5 Jahre um insgesamt 5 600 oder 8 % ab. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ging dabei um fast 9 600 zurück. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten hingegen nahm im gleichen Zeitraum von 6 700 auf 10 700 zu. Insgesamt hat also eine deutliche Verringerung des gesamten Arbeitsvolumens stattgefunden.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern zählt Baden-Württemberg zu den Ländern mit einem hohen Anteil an Bundesbediensteten. Insgesamt sind 8 % der Bundesbediensteten in Baden-Württemberg tätig. Nur Länder mit einem außerordentlich hohen Anteil an Berufs- und Zeitsoldaten, wie Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, haben mehr Bundesbedienstete. Abhängig vom Sitz der Dienststellen sind die Bundesbediensteten ungleichmäßig

auf die Stadt- und Landkreise verteilt. Ein Viertel der in Baden-Württemberg tätigen Bundesbediensteten ist in den Stadtkreisen Karlsruhe und Stuttgart beschäftigt. Karlsruhe ist der Sitz mehrerer großer Bundesbehörden. Außer zwei Bundesgerichten (Bundesgerichtshof, Bundesverfassungsgericht) hat hier die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, die Oberfinanzdirektion und die Bundesforschungsanstalt für Ernährung ihren Dienstsitz. In Stuttgart befinden sich mehrere Außenstellen von Bundeseinrichtungen, die üblicherweise in Landeshauptstädten angesiedelt werden, wie beispielsweise Stellen des Bundesamtes für Güterverkehr, des Bundesvermögensamtes oder eine Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank.

Eine höhere Konzentration von Bundesbediensteten ergibt sich auch durch größere Niederlassungen der Bundeswehr im Landkreis Sigmaringen, im Main-Tauber-Kreis und im Landkreis Ulm. In diesen Kreisen sind jeweils mehr als 3 000 Bundesbedienstete tätig. Im Stadtkreis Mannheim sind so viele Angehörige der Sozialversicherungsträger tätig wie in keinem anderen Stadt- oder Landkreis (insgesamt 1 740). Hier wirkt sich neben der Ansiedlung von zwei großen Berufsgenossenschaften auch die Präsenz der Fachhochschule der Bundesagentur für Arbeit aus. ■